

Editorial

Der April-Kreistag brachte für die Linksfraktion ein bemerkenswertes Ergebnis. Nach mehrjährigen Bemühungen haben wir nun erreicht, dass es künftig einen Armutsbericht für den Landkreis geben wird. Die Einzelheiten werden im Bericht über den Kreistag vom 19. April ausgeführt.

Bei unseren Informationen über die Linke Politik im Kreistag weichen wir dieses Mal von der Praxis ab, in der

Rubrik „Zwischen den Kreistagen“ nur über die Zeit vor dem Kreistag zu berichten. Wir beziehen die Zeit bis zum Monat Mai ein. Es geht um die Wahl des Landrates für den Landkreis Oder-Spree und um die unerfreuliche Entwicklung hinsichtlich der Unterbringung und der Integration von Menschen, die nach ihrer Flucht im Landkreis Oder-Spree angekommen sind. Einen Höhepunkt fand diese Entwicklung mit einem Treffen

der Ministerpräsidenten der Bundesländer im Kanzleramt, das medial als „Flüchtlingsgipfel“ vermittelt wurde.

Das Gedenken an den Tag der Befreiung war in diesem Jahr wieder vom Krieg in der Ukraine überschattet und wurde auch innerhalb des Landkreises Oder-Spree sehr unterschiedlich begangen. Darüber und über unsere Teilnahme am Ostermarsch in Strausberg ist zu berichten.

Der Kreistag am 19. April 2023

Migration

Bereits zu den vorhergehenden Kreistagen hatte ich den Landrat nach der Position der Kreisverwaltung Oder-Spree zu den Äußerungen aus dem Deutschen Landkreistag zur Migration befragt. Auch im April-Kreistag ging er darauf sehr ausführlich ein. Insgesamt teilt er die Positionen des Landkreistages. Kurz gefasst heißt das:

- Der Landkreis erwartet von Bund und Land eine auskömmliche Finanzierung der Unterbringung der dem Landkreis zugewiesenen Personen;

- Für die Integration der Menschen mit Bleiberecht müssen angemessene Rahmenbedingungen geschaffen werden;
- Die Zahl der dem Landkreis zugewiesenen Personen soll begrenzt und abgelehnte Asylbewerber sollen schneller/konsequenter abgeschoben werden.

Armutsbericht

Im April-Kreistag fanden die mehrjährigen Bemühungen der Linksfraktion um einen Armutsbericht für den

Landkreis einen vorläufigen positiven Abschluss. Der Kreistag hat endlich beschlossen, dass es einen solchen Armutsbericht geben wird.

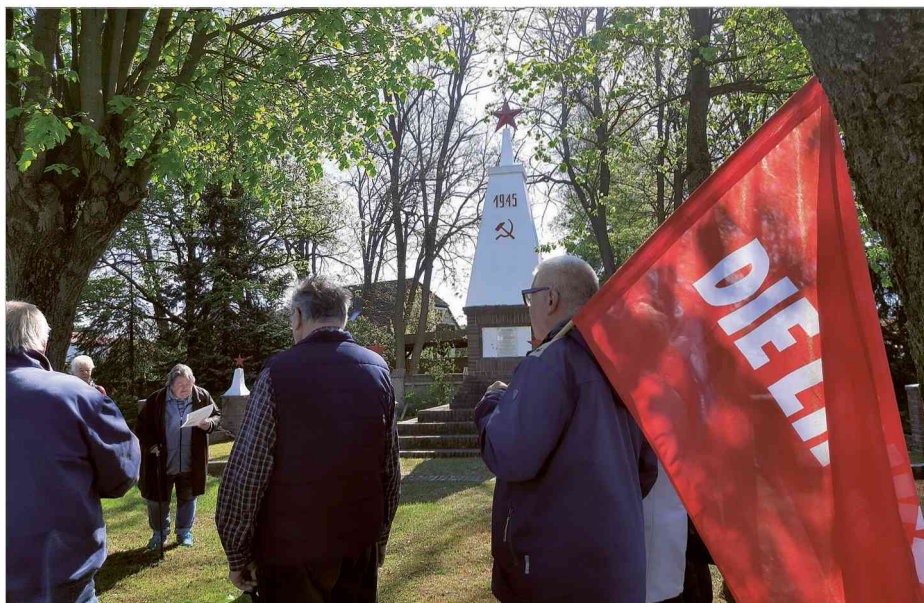
Zur Erinnerung

Einen solchen Antrag hatten wir erstmals zum Oktober-Kreistag 2020 eingebracht. Es folgten Verweisungen und Ablehnungen, bis jetzt die Folgen der Pandemie und der Inflation dieser Praxis ein Ende setzte.

„Fast ein Drittel der Beschäftigten in Deutschland stößt nach eigenen Angaben wegen der deutlich gestiegenen Preise an finanzielle Grenzen. Von gut 1 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern antworteten in einer ... Umfrage 21 Prozent, ihr Gehalt reiche ‚eher nicht‘, um die laufenden Lebenshaltungskosten zu bezahlen. 8,5 Prozent sagten, das Geld reiche ‚überhaupt nicht‘ aus.“

Vor allem Befragte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 2 500 Euro kommen demnach kaum über die Runden: 43 Prozent in dieser Gruppe gaben an, sie könnten mit ihrem aktuellen Gehalt nicht die laufenden Lebenshaltungskosten bezahlen.“ (Berliner Zeitung, 14. Mai 2023)

Zu ergänzen bleibt: Nach der Statistik für das Jahr 2020 gehörten im Landkreis Oder-Spree rund die Hälfte aller Haushalte zu dieser Einkommensgruppe.



Gedenken des Kreis- und Ortsverbandes der LINKEN am Sowjetischen Ehrenmal in Storkow, Foto: Artur Pech

Nun wird der Bericht allein die Lage nicht ändern. Aber er kann sichtbar ma-

chen, wo Änderungen besonders dringend sind.

Zwischen den Kreistagen

Bericht der Fraktion zur Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN Oder-Spree am 15. April 2023 in Storkow – gehalten von Dr. Artur Pech.

Der Berichtszeitraum umfasst die Monate seit Oktober 2022 und es geht um unsere Initiativen zu drei Kreistagen.

Wer sich für die Einzelheiten interessiert, sei auf die letzten drei Ausgaben unserer Informationen über *LINKE Politik im Kreistag Oder-Spree* verwiesen. Die sind auch im Internet nachlesbar.

Wegen der Verteilungsprobleme versuchen wir es aktuell auch über den Postversand. Es ist schließlich ein Jammer, wenn euch die Information über eine mit großem Einsatz geleistete Arbeit nicht erreichen.

Unsere Initiativen seit Oktober 2022 betrafen:

- Den Kreishaushalt 2023;
- Die unhaltbaren Zustände im Busverkehr Oder-Spree;
- Die Verteidigung des Kreiskrankenhauses in Beeskow;
- Die Wirkungen der Inflation, d.h. im Klartext der Abwälzung der Kriegskosten zur Finanzierung des Krieges in der Ukraine auf die Menschen und die Unternehmen im Landkreis;
- Die Unterstützung der Menschen, die dadurch in finanzielle Nöte getrieben werden und die deshalb u.a. auf die vom Landkreis zu sichernde Schuldnerberatung angewiesen sind;
- Die Unterstützung der Tafeln im Landkreis, auf die immer mehr Menschen angewiesen sind;
- Das Schulzentrum in Fürstenwalde;
- Die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in Landkreis;
- Die Schulspeisung an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises;
- Einen Armutsbericht über die Situation im Landkreis;
- Die Umsetzung des vom Kreistag auf unseren Antrag beschlossenen Klimaschutzkonzeptes;
- Maßnahmen zur Überwindung des Lehrermangels an den Schulen im Landkreis.

Als ich mich mit den genannten Problemen befasste, gingen mir angesichts des Krieges in Europa und des Umgangs eines bedeutenden Teils unserer Partei damit immer wieder die Frage durch

den Kopf: Womit befasst du dich hier eigentlich? Hast du tatsächlich keine anderen Probleme?

Und aus der Erinnerung tauchte das einst schon in meiner Schulzeit auswendig gelernte, schon von Goethe entlarvte Bekenntnis des deutschen Spießers wieder auf:

*„Nichts bessres weiß ich mir an
Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und
Kriegsgeschrei,
wenn hinten, weit in der Türkei,
die Völker aufeinander schlagen.
Man steht am Fenster, trinkt sein
Gläschen aus
Und sieht den Fluss hinab die bunten
Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach
Haus
Und segnet Fried und Friedenszeiten.“*

Weil es so nicht bleiben kann, bin ich mit Ausnahme der AfD auf alle Fraktionen des Kreistages zugegangen, um einen gemeinsamen Antrag zu erreichen, der von der Bundesregierung Friedenspolitik eingefordert. Letztlich hat die Fraktion FDP/BVFO/BJA mit uns gemeinsam einen solchen Antrag eingebracht. Der ist dann nur deshalb bei Stimmgleichheit im Kreistag gescheitert, weil ein Mitglied unserer Fraktion ziemlich hinterhältig zur Kriegspartei übergelaufen ist und gegen unseren Antrag gestimmt hat – ohne jede Vorwarnung und ohne jede Beteiligung an den Debatten, die wir in der Fraktion hatten. Das ist in meinen Augen Verrat. Und ich wiederhole hier: Mit einer solchen Position verbindet mich nichts, da ist auch kein Kompromiss möglich.

Da hat uns das grundsätzliche Versagen der LINKEN als Partei in der Friedensfrage auch im Kreistag erreicht. Antifaschismus wird missbraucht, um die Friedensbewegung zu spalten und klein zu halten, ihr die politische Durchschlagskraft zu nehmen. Und diese Taktik erfüllt durchaus ihren Zweck.

In Potsdam spaltet DIE LINKE die Friedensbewegung, sondert sich ab

und organisiert einen separaten Ostermarsch, auf dem sie dann unter sich bleibt. Da war der Ostermarsch in Strausberg bedeutender.

Mich hatte im Oktober aus der Linkenfraktion im Europaparlament die Information erreicht, dass sich der Stab für die Ausbildung ukrainischer Soldaten durch die Bundeswehr in Strausberg befindet. Danach habe ich dem Kreisvorstand vorgeschlagen, gemeinsam mit dem Kreisvorstand MOL dagegen etwas zu unternehmen. Beide Kreisvorstände haben dann die Initiative ergriffen und ein Ergebnis war der erstmalige Ostermarsch in Strausberg.

Bei der Beurteilung des Krieges in der Ukraine ist auch der LINKEN die Klassenperspektive verloren gegangen. Deshalb habe ich eine marxistische Kurzdarstellung zur LINKEN in Zeiten des Krieges geschrieben, denn das Gerede von „Putins Krieg“ zeugt davon, dass alle linken Erkenntnisse über Kriegssachen entsorgt wurden.

Auf zwei Probleme möchte ich noch eingehen, weil sie auch in unserer Kreisorganisation eine Rolle spielen:

So war zu hören, *„Liebknecht dürfte im Grab rotieren, wenn sein Kampf gegen einen imperialen Angriffskrieg Deutschlands nun mit dem Hinnehmen eines imperialen Krieges und der Kritik an Verteidigungsunterstützung gleichgesetzt wird.“*

Daraus spricht nur bestenfalls Unwissen. Tatsächlich stellte Karl Liebknecht fest: *„Jede positive Mitwirkung in dieser Art hieße, „das Erstgeburtsrecht des Sozialismus schließlich doch um ein Linsengericht (zu) verkaufen ... Alle möglichen Lösungen des Kriegsrätsels sind in einem imperialistischen Krieg imperialistisch, Lösungen der militaristischen Vergewaltigung, unter denen es für die Sozialdemokratie keine gibt, für die sie eintreten könnte.“*

Das zweite Problem tritt auf, wenn unter Berufung auf das Völkerrecht ein Völkerrechtsbruch gefordert wird, denn alle EU-Sanktionen sind ihrerseits Völkerrechtsbrüche. Und das träfe auch

auf die von der LINKEN vorgeschlagenen Sanktionen zu. Da stehen wir dann gemeinsam mit der NATO und ihren Verbündeten weltweit ziemlich allein. Selbst der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat in der vorigen Woche alle Staaten nachdrücklich aufgefordert, die Annahme, Aufrechterhaltung, Durchführung oder Einhaltung einseitiger Zwangsmaßnahmen einzustellen, „die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht, dem humanitären Völkerrecht, der Charta der Vereinten Nationen und den Normen und Grundsätzen stehen“.

Das trifft auf alle Sanktionen gegen Russland zu, denn Völkerrechtskonform können solche Sanktionen nach Art. 41 der UNO-Charta nur vom Sicherheitsrat beschlossen werden. Und das ist unter anderem deshalb so, weil ausgeschlossen werden soll, dass die UNO Kriegspartei gegen ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates wird.

Aber das ist nur eine Seite. Für linke Politik stellt sich die Sache mit den linken Vorschlägen für Sanktionen gegen russische Oligarchen noch schlimmer dar. Dazu zitiere ich noch einmal Karl Liebknecht, damit die zu erwartenden Anfeindungen auch an den Richtigen gehen:

„Würden die deutschen Sozialisten z.B. die englische Regierung und die eng-

lischen Sozialisten z.B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (...), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“

Liebknecht entlarvte die Lüge vom Kampf gegen den Zarismus - heute wird sie fortgeschrieben als „Kampf gegen den Autoritarismus“ und die „Vaterlandsverteidigung“ mutierte zum „Recht auf Selbstverteidigung“.

Da geht es nicht mehr um den Frieden, sondern um eine Rolle im Kampf gegen Russland. „Wir“ sollen das russische Kapital, seine Oligarchen, seine Millionäre, wirksamer bekämpfen? Das ist eine Farce oder Schlimmeres!

Wenn heute der Konsens, dass „Putin“ bezwungen werden muss von der Regierung der USA über die NATO, die deutsche Bundesregierung bis in Teile der LINKEN reicht, dann gibt es Grund, sich an die Lehren der Arbeiterbewegung, sich an Karl Marx, an Friedrich

Engels, an Karl Liebknecht zu erinnern. Eine weltanschaulich und theoretisch entkernte LINKE wird das nicht leisten.

Die Akzeptanz von Waffenlieferungen als Friedenspolitik ist eine „moderne“ Variante des klassischen „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“, oder ganz modern - wie am 12. März in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung auf einer ganzen Seite ausgeführt: „Willst du Frieden, sprich vom Krieg“.

Das ist Kriegstreiberei, nicht Friedenspolitik. Wer sie vertritt, gehört zur Kriegspartei. Denn natürlich will auch die NATO den Frieden - nach dem Sieg über Russland. Dafür braucht es Waffen und eine systemkonforme Opposition, damit die Friedensbewegung diese Politik nicht wirklich stört.

Wenn den Regierungen die Waffen verweigert werden, müssen sie ihre Politik ändern. Dafür muss DIE LINKE streiten - so wie die italienischen Hafenarbeiter, die in bester Tradition die Verladung von Waffen verweigern.

Damit sind wir wieder bei Rosa Luxemburg: Zurück zu Marx! Ohne den wird das nicht gehen, auch wenn heute in Teilen der LINKEN andere Theorien in Mode sind. Das ist dann eine der Ursachen für linke Konfusionen in der Frage von Krieg und Frieden.

Zur Landratswahl im Landkreis Oder-Spree am 23. April und am 14. Mai. 2023

Vorbemerkung

Es ist gut, dass im Landkreis Oder-Spree die AfD das Amt des Landrates nicht erbeuten konnte.

Wer sich ob dieses Umstandes aber auf die Schulter klopft und nach einer mehr oder weniger betroffenen klingenden Floskel tatsächlich das „weiter so“ einer Politik betreibt, die der AfD Wähler zutreibt, hat den Ernst der Lage nicht verstanden oder will ihn interessegeleitet nicht verstehen.

Zunächst schien die Sache ziemlich unspektakulär: Landrat Rolf Lindemann kündigte seinen Gang in die Rente an und damit wurde eine außerplanmäßige Landratswahl fällig.

Zur Politik

In der ersten Runde bewarben sich unter anderem der amtierende erste Beigeordnete Sascha Gehm (CDU) und der Bürgermeister von Beeskow Frank Steffen (SPD). Beide waren im Landkreis

bereits seit Jahren wegen ihrer kommunalen Aktivitäten gut bekannt. Hinzu kam die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Kreistag. Die weiteren Namen auf der Kandidatenliste waren zuvor im Landkreis kaum bekannt.

Wer gläubig auf die immer wieder verkündete Weisheit schaut, in der Kommunalpolitik ginge es weniger bis gar nicht um Parteien, sondern vor allem um Personen, musste sich nach dem ersten Wahlgang überrascht die Augen reiben. Da ging der Kandidat der AfD als erster über die Ziellinie. Ein Mensch, beschäftigt bei der Bundestagsfraktion der AfD, und im Landkreis, von Person her weithin unbekannt. Tatsächlich war es also eine ausgesprochene Parteienwahl: Da wurde die Partei gewählt, nicht ihr weithin unbekannter Kandidat.

	Hauptwahl	Stichwahl	Differenz
Frank Steffen	12.446	29.963	17.517
Rainer Galla	13.693	27.190	13.497

Zeit also darüber nachzudenken, wie so etwas passieren kann. Die Unterstützung eines mit 5,6 Prozent und 3068 Stimmen abgeschlagenen Bewerbers aus der ersten Runde für den Kandidaten der AfD mag für Anhänger von Wahlarithmetik naheliegend sein, ist und bleibt aber unpolitisch und erklärt das Ergebnis nicht einmal ansatzweise.

Wenn ein kommunalpolitisch weit hin unbekannter AfD-Kandidat den ersten Wahlgang trotz allen Geredes von deren Besonderheiten Kommunalwahlen gewinnt und in der Stichwahl nur noch unter dem Label „(fast) alle Demokraten gegen die AfD“ verhindert werden kann, ist es auch kein Wunder, wenn sich „alle Demokraten“ der Frage verweigern, wie sie die Wähler der AfD zutreiben. Sie setzen nach der so erfolgten Verhinderung eines AfD-Wahlsieges schließlich genau die Politik fort, mit der sie diesen Zustand herbeigeführt haben.

Wenn auch die Demokraten letztendlich noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen sind bleibt die Frage: Wie war es möglich, dass der AfD-Kandidat sein Stimmenergebnis in den Wochen vom 23. April bis zum 14. Mai 2023 verdoppeln konnte?

Im Osten ist die gegenwärtig übermächtige mediale Kriegspropaganda nicht eben besonders populär. Und der AfD gelingt es, sich fälschlich als Friedenspartei zu verkaufen und gleichzeitig für weitere Hochrüstung einzutreten.

Den größten Anteil an diesem AfD-Ergebnis hat nicht die Partei, die den Kandidaten nominierte. Profitiert hat er von der Politik der Parteien, gegen die er antrat.

Zuletzt waren der Bundeskanzler und die versammelten Ministerpräsidenten der Bundesländer mit einem unwürdigen Schauspiel, dem sie den Namen „Flüchtlingsgipfel“ gaben, seine wirksamsten Wahlhelfer. Da wurde und wird gnadenlos nach dem Motto „Teile und Herrsche“ verfahren. Eine ordentliche Unterbringung wird den

Kommunen nicht finanziert, im Zweifel bleiben sie auf den Kosten sitzen.

Und die Kommunen sind in doppelter Hinsicht die Bösen – einmal, weil sie die Menschen in Turnhallen sperren (müssen) und zum anderen, weil sie anderen damit den Sport vermiesen. Nach den Gründen der Kriege, nach der Verantwortung für die Fluchtbewegungen muss da schon nicht mehr gefragt werden.

Ein weiteres Feld der Politik, das den Menschen gerade in der Zeit zwischen der Haupt- und der Stichwahl Angst macht, ist die drohende Vertreibungswelle aus den Eigenheimen, die mit dem Verbot von Gasheizungen zu erwarten ist. Gerade in unserer Region erinnert das an den Satz, dass die deutsche Einheit dann vollendet ist, wenn der letzte Ostdeutsche aus dem Grundbuch gelöscht wurde.

Da soll (sehr generös) die Umstellung auf Wärmepumpen mit 50 Prozent oder mehr gefördert werden. Aber auch die verbleibenden schlappen 25.000 € müssen nicht mehr kreditwürdige Ost-Menschen im Renten-

ter erst einmal haben. Dass die erforderliche zusätzliche Isolierung der den aktuellen Normen nicht entsprechenden Häuser, an denen sich Ostdeutsche schon aus Kostengründen bisher festhalten mussten, schnell mal die Kosten für einen Neubau erreichen kann – das zählt nicht. Und wenn dann eine AfD-Politikerin im Bundestag die profitgetriebenen Interessen benennt, die hinter dieser Politik stehen, werden die Tatsachen (behauptungen) nicht deshalb falsch, weil sie von der AfD kommen. Von rechtlichen Schritten wegen Verleumdung habe ich da bisher nichts gehört. Das geht soweit, dass mir Betroffene den Mitschnitt der Rede der Frau von Storch im Bundestag zumailen und mich fragen: Weshalb ist von Euch dazu nichts zu hören? Da haben viele aus schlechter Erfahrung einfach Angst.

Das war noch nicht alles, aber es reicht wohl – auch wenn in den vorherrschenden identitätspolitischen Diskursen materialistische Erklärungen nicht besonders beliebt sind.

Eine andere Politik ist nötig.

Zum Tag der Befreiung

Der Tag der Befreiung fand auch in diesem Jahr wieder in einem schwierigen Umfeld statt.

Wir haben uns an dem vom Kreisvorstand der LINKEN getragenen Gedenken in Storkow beteiligt und sind auch der Einladung des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung zum Gedenken am sowjetischen Ehrenmal auf dem Platz des 8. Mai in Schöneiche gefolgt. Es steht auf einem Friedhof für sowjetische Soldaten, die wenige Tage vor dem Ende des Krieges den Tod fanden und befindet sich – so wollen es die Eigenheiten kommunaler Grenzen – auf Berliner Gebiet.

Insbesondere dem Bürgermeister Steinbrück und der Musikschule ist für die würdige Gestaltung dieser Ehrung zu danken.

Gerade an diesem Tag des Gedenkens ist an den Schwur von Buchenwald zu erinnern:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“



In Schöneiche wurde am 8. Mai eine berührende Tradition fortgesetzt: Der Bürgermeister und die Gemeindevertretung luden ein und die Musikschule beteiligte sich am Gedenken zum Tag der Befreiung. Foto: Artur Pech

„Flüchtlingsbedingte Unterkunftskosten“

Um deren „Ausgleich“ ging es im einleitenden Artikel der Zeitschrift „Der Landkreis“ in ihrer Ausgabe für April 2023. Es ist aufschlussreich, was da geschrieben wurde.

Die Ziele

Die Bundesinnenministerin will dann „mehr reguläre Migration - etwa von qualifizierten Arbeitskräften - ermöglichen und gleichzeitig irreguläre Migration reduzieren. Deshalb hat der Bund viel getan, um die Fluchtmigration aus Drittstaaten nach Deutschland stärker zu steuern und zu ordnen“. Das meint dann mehr Grenzkontrollen, Druck auf die Herkunftsstaaten, „konsequente Rückführungen“.

Der bayerische Innenminister titelt dann auch gleich: „Irreguläre Migration begrenzen, Bleibeberechtigte bestmöglich integrieren und Fachkräfte gewinnen -wie Bayern Zuwanderung gestaltet“. Die zuständige thüringische Landesministerin will „Zuwanderung gemeinsam gestalten Planvoll - zielgerichtet - miteinander“.

Danach meint ein SPD-Bundestagsabgeordneter: „Die Aufnahme von Geflüchteten und die Schlüsselfragen der Migration liegen in der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“.

Sein Bundestagskollege von der CDU sieht „Deutschlands Kommunen am Limit: Die neue Migrationskrise“. Danach macht „Der steinige Weg zu einer aktiven Migrationspolitik“ dann dem Vertreter von der FDP Sorgen.

Aus der CDU im Europaparlament heißt es: „Europa wird durch Krisen aufgebaut - und es wird die Summe seiner Lösungen sein.“

Und ein Direktor aus der Generaldirektion Inneres und Migration fasst seinen Auftrag mit den Worten zusammen: „Zuwanderung nachhaltig gestalten in Europa: Irreguläre Migration reduzieren, legale Migration steuern“.

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge meint. „Ordnung und Steuerung von Migration ist nicht nur wegen der hohen Zahl von Schutzsuchenden zentral, sondern auch wegen des gegenwärtig gravierenden Fachkräftemangels.“ Danach wird dann aus der Betrachtung des Demografischen Wandels und der Migration wissenschaftlich der Schluss gezogen: „Deutschland ist auf Einwanderung angewiesen“.

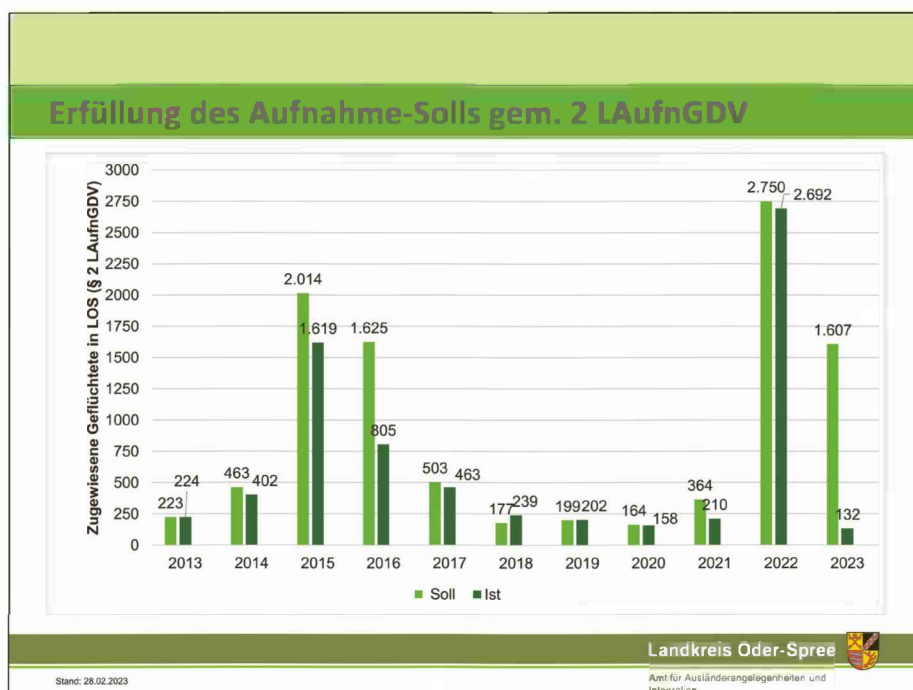
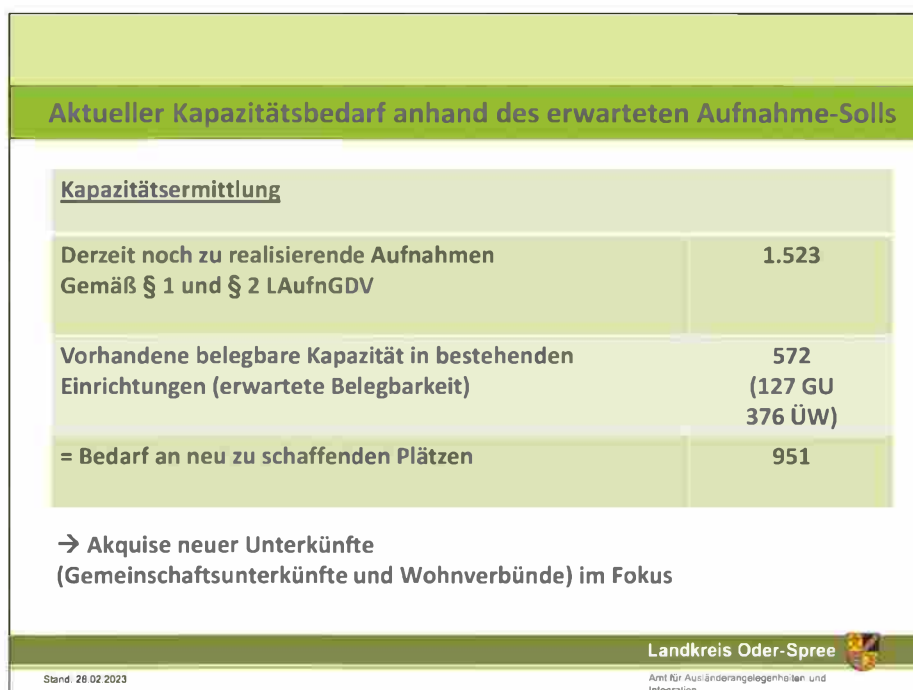
Alle sind sich also einig: Es geht - abseits niederer rassistischer oder nationalistischer Vorurteile darum für die kapitalistischen Verwertungsprozesse

als erforderlich erachtete und deshalb gewünschte Zuwanderung („Fachkräfte“) zu fördern, unerwünschte („Wirtschaftsflüchtlinge“) zu verhindern.

Das Problem

... ist der Krämergeist: Es geht um die Frage: Wer zahlt?

Denn die Tücke des gegenwärtig praktizierten Modells ist es, dass dem Kommunen die Menschen „zugewiesen“ werden, die sie aufnehmen sollen. Den dafür erforderlichen Aufwand müssen die Kommunen treiben. Erstattet bekommen sie diesen Aufwand dann aber (mehr oder weniger vollständig)



Impressum

Linke Politik im Kreistag Oder-Spree -
Informationen der Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE, E-Mail:
kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden;
Redaktionsschluss: 22. Mai 2023;
Auflage: 1 000 Exemplare;
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten
Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech

nur, wenn die von ihnen geschaffenen Unterbringungs- und Integrationsmöglichkeiten auch ausgelastet werden. Ist das nicht der Fall, dann haben die Kommunen mit Zitronen gehandelt und bleiben auf den Kosten sitzen. So ist es kein Wunder, dass Vorsorge kleingeschrieben wird und Plätze im Sinne von Einsparungen so schnell wie möglich abgebaut werden. Kommen dann wieder mehr Menschen, dann geht es an die Turnhallen und ähnliche Unterbringungsmöglichkeiten. Und da kann dann tatsächlich schnell Fremdenfeindlichkeit erzeugt werden, wenn z.B. Sport- und andere Freizeitmöglichkeiten schlicht wegen des herrschenden Krämergeistes eingeschränkt werden.

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration am 14. März gab das Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration einen „Lagebericht zur Aufnahme und Unterbringung von Zugewanderten im LOS“

Danach war zu diesem Zeitpunkt dem Landkreis Oder-Spree für das Jahr 2023 ein Aufnahmesoll von 1 607 Personen vorgegeben. Tatsächlich angekommen waren bis dahin 132 Personen. Damit verblieben für das Jahr 2023 noch 1 532 Aufnahmen. Freie Kapazitäten gab es aber nur noch für 572 Personen, so dass sich der Bedarf an neu zu schaffenden Plätzen auf 951 belief.

Nach § 10 des Landesaufnahmegesetzes sind die Landkreise und kreisfreien Städte verpflichtet, die erforderlichen Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung zu errichten und zu unterhalten.

Nach § 13 dieses Gesetzes tragen die Landkreise und kreisfreien Städte die Kosten der Wahrnehmung der ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben.

Das Land erstattet die Kosten für die Aufnahme der Personen in Form einer Pauschale pro aufgenommene Person. Sofern allerdings die geschaffenen Plätze nicht ausgelastet werden, hat der Landkreis tatsächlich mit Zitronen gehandelt.



Es braucht jetzt starke Zeichen für den Frieden! Das sinnlose Sterben in der Ukraine muss beendet werden. Die Ampel muss zur Vernunft kommen und sich für einen Waffenstillstand einsetzen!

Sahra Wagenknecht

Nun hat – gerade während ich das schreibe – die zuständige Landesministerin angekündigt, es kämen weniger Menschen an, als den Landkreisen vor Monatsfrist avisiert wurden.

Vor dem Hintergrund der hier dargestellten Sachverhalte kann da freilich bei den Landkreisen Erleichterung kaum aufkommen. Wenn sie so behandelt werden, ist Nichtstun und abwarten eine naheliegende Reaktion. Die Ergebnisse sind dann belegte Turnhallen, überforderte Städte bzw. Gemeinden. So wird die vielzitierte Fremdenfeindlichkeit – man kann schon sagen – vorsätzlich produziert. Sie kommt nicht aus den Genen, aus Nationalismus oder aus identitärer Schwurbelei, sie wird mittels materieller Verhältnisse produziert.

Die sozialistische Sicht

Wer in der Logik kapitalistischer Verwertungsprozesse gefangen ist, wird einen menschlichen Ausweg aus diesem Dilemma letztlich nicht finden.

Der Fachkräftemangel

Lange bevor sich die sogenannte „Flüchtlingskrise“ in der Mitte der 2010er Jahre ereignete, hatte Henning Mankell den Kern des Bestrebens, den sogenannten „Fachkräftemangel“ durch Migration zu bekämpfen, sehr prägnant beschrieben:

„Überall in Europa werden Krankenschwestern aus Afrika beschäftigt, die in Afrika fehlen. Früher haben sich die

Europäer in Afrika das Gold geholt, heute sind es die Krankenschwestern: Wir sind immer noch Räuber!“¹

Nun kommt häufig die Einrede, diese Art der Migration sei doch ein Geschäft auf gegenseitigen Vorteil, weil doch die Zugewanderten mittlerweile mehr Geld in ihre alte Heimat überweisen, als staatliche Entwicklungshilfen ausmacht.

Dazu zwei Anmerkungen aus dem Gesundheitsbereich: Welchen Vorteil bringt es den Menschen in den Herkunftsländern, wenn ihren Krankenhäusern die Fachkräfte fehlen, wie viel Lebenserwartung

geht da verloren?

Und wenn behauptet wird, die kommen doch freiwillig, auch weil sie dort keine Arbeit finden, dann bleibt die Frage: Und wer hat dafür gesorgt, dass es so ist?

Ein kubanischer Freund hat mir einmal sehr empört nach einem Einsatz im Ausland gesagt: „Die wollten mich kaufen, wie eine Flasche Wasser!“

Und schließlich: Warum soll es nicht möglich sein, die Strukturen der Volkswirtschaften so zu ändern, dass ihr Maßstab nicht der Profit, sondern der Bedarf der Menschen ist, für die die Wirtschaft doch eigentlich da sein sollte. Wenn die Profitwirtschaft dem entgegensteht, dann gehört die überwunden.

Der „Fachkräftemangel“ ist die aktuelle Formel für die schon 1867 von Karl Marx entlarvte „Narrheit der ökonomischen Weisheit, die den Arbeitern predigt, ihre Zahl den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals anzupassen.“²

Und als letztes, aber nicht zuletzt

Den Preis für das „Migrationsmanagement“, wie es gegenwärtig tatsächlich funktioniert, zahlen viele Menschen mit ihrem Leben – im Mittelmeer, an den Zäunen von Ceuta und Melilla, in der libyschen Wüste ...

¹ Zitiert nach MARTIN OEHLER, Kölner Stadtanzeiger, 13.11.2007, <https://www.ksta.de/-wirsind-immernoch-raeuber--13090238> (nicht mehr abrufbar)

² MEW, Bd. 23, S. 674